



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Schnellere Termine – Bessere Versorgung auf dem Land

Festzuschuss für Zahnersatz wird angehoben, elektrische Patientenakte kommt

Der Bundestag hat gestern ein Gesetz verabschiedet, das die medizinische Versorgung von gesetzlich Versicherten verbessert.

Um Wartezeiten zu verkürzen, werden die Terminservicestellen ausgebaut. Die Terminservicestelle wird künftig unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer **116117** vierundzwanzig Stunden täglich an sieben Tagen in der Woche erreichbar sein. Zudem vermitteln diese Stellen künftig nicht nur Termine bei Fach- und Hausärzten, sondern unterstützen Versicherte auch bei der Suche nach einem Haus- oder Kinderarzt, der die Patienten dauerhaft versorgt.

Ein weiteres Ziel ist die Ausweitung der Sprechstundenzeiten. Bislang mussten Ärzte 20 Stunden pro Woche anbieten. Dies wird nun auf 25 Stunden erhöht. Eine Untersuchung im letzten Jahr hat ergeben, dass jede vierte Praxis weniger als 25 Stunden anbietet, fast jede zehnte sogar weniger als 20 Stunden. Zugleich müssen Ärzte bestimmter Fachrichtungen, z.B. HNO-Ärzte und Gynäkologen, pro Woche fünf offene Sprechstunden anbieten, zu denen keine Voranmeldung notwendig ist.

Ärzte erhalten für Mehrleistungen und auch für die Aufnahme neuer Patienten eine bessere Vergütung. Je schneller ein Patient aufgenommen wird, desto höher ist der Zuschlag. Gleiches gilt für die offenen Sprechstunden, die die Ärzte anbieten sollen. Eine höhere Vergütung sollen auch jene Ärzte erhalten, die sich in wirtschaftlich schwächeren Räumen niederlassen. Auch können die Zulassungssperren für die Neuniederlassung in strukturschwachen Gebieten aufgehoben werden. Beides stärkt unsere ländlichen Räume.

Zudem werden die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet, ihren Versicherten spätestens ab dem Jahr 2021 eine elektronische Patientenakte zur Verfügung zu stellen. Damit können die Patienten jederzeit auf ihre medizinischen Daten zugreifen. Der Datenschutz muss natürlich gewährleistet sein.

Das Gesetz erweitert auch das Versorgungsangebot. So werden die Festzuschüsse beim Zahnersatz ab dem 1. Oktober 2020 von 50 auf 60% erhöht. Für eine Erhöhung auf 75% müssen auch weiterhin regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen stattfinden. Nun ist es aber in begründeten Ausnahmefällen möglich, diese Untersuchungen einmalig zu verpassen. Zudem sollen die gesetzlichen Krankenkassen dann künftig das Einfrieren von Ei- und Spermienzellen finanzieren, wenn zu erwarten ist, dass ein Patient, zum Beispiel nach einer Krebserkrankung, unfruchtbar sein wird. Das ist gerade für junge Krebspatienten eine wichtige Verbesserung, weil die Aussicht auf Kinderlosigkeit zusätzlich sehr belastend wirken kann.

Das neue Gesetz verbessert auch die finanzielle Situation von Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen und Diätassistenten, indem die Höchstpreise vereinheitlicht werden, die deutschlandweit gezahlt werden. Zudem wird die sogenannte „Blankoverordnung“ eingeführt. Auf der Basis einer ärztlichen Verordnung entscheiden dann die Heilmittelbringer über die Behandlungsmethode sowie über die Häufigkeit und Dauer der Behandlung selbst. Zudem schaffen wir bei Hilfsmitteln wie Rollstühlen, Atemtherapiegeräten und Inkontinenzeinlagen die Ausschreibungen ab, die sich immer wieder als Ärgernis erwiesen haben. ■

Bundes-Immissionsschutzgesetzes wird geändert – Fahrverbote sollen vermieden werden

Der Bundestag hat das Bundes-Immissionsschutzgesetz geändert. Damit wurde festgelegt, dass Fahrverbote zur Reduzierung der Stickoxidbelastung in den Städten bei geringen Grenzwertüberschreitungen von bis zu 50 Mikrogramm Stickoxid pro Kubikmeter Luft unverhältnismäßig sind. Weiterhin wird mit dem Gesetz geregelt, dass es ebenfalls unverhältnismäßig ist, Fahrzeuge mit geringen Stickstoffoxidemissionen, also Euro-4- und Euro-5-Fahrzeuge, die weniger als 270 Milligramm Stickoxid pro Kilometer ausstoßen, sowie Euro-6-Fahrzeuge mit Fahrverboten zu belegen. Das sind gute Nachrichten für Bürger, Handwerk und Mittelstand und schafft Rechtssicherheit für die Kommunen.

Mit dem Gesetz erfolgt keine Änderung des Grenzwertes, wie immer wieder behauptet wird. Denn festgelegt wird lediglich, dass bei geringen Grenzwertüberschreitungen Fahrverbote unverhältnismäßig sind, weil die Grenzwerte auch mit anderen Maßnahmen erreichbar sind. So stehen den betroffenen Kommunen 1,5 Milliarden Euro im Rahmen des Sofortprogramms ‚Saubere Luft 2017-2020‘ zur Verfügung, um mit Investitionen beispielsweise in Verkehrsinfrastruktur oder den ÖPNV die Grenzwerte zu erreichen. Fahrverbote müssen allerdings das letzte Mittel sein. ■

Kampagne #Starker Staat

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche eine Onlinekampagne zum Thema „Starker Staat“ begonnen, an denen sich auch Gunther Krichbaum beteiligt. Wie begegnen wir der Gewalt gegen Polizisten? Wie bekämpfen wir Clan-Kriminalität? Und wie gewähren wir Sicherheit im Netz? Das sind nur einige der Fragen, die uns alle beschäftigen und die in dieser Kampagne diskutiert werden sollen.

In den nächsten fünf Wochen wird Gunther Krichbaum auf seiner Facebook-Seite täglich Inhalte rund um das Thema Rechtsstaat veröffentlichen. Schauen Sie einfach mal rein:

<https://www.facebook.com/krichbaum.bundestag>. ■

Baukindergeld ist auch in der Region ein voller Erfolg

Seit September 2018 können junge Familien das neue Baukindergeld beantragen. Auch in unserer Region ist dieses neue Instrument zur Förderung des Wohneigentums für Familien ein voller Erfolg. Bislang wurden in Pforzheim und im Enzkreis 269 Anträge mit einem Volumen 6 Mio. Euro bewilligt. Im Durchschnitt erhalten die Familien also einen Zuschuss von 21.300 Euro für ihr erstes Eigenheim. Mit dem Baukindergeld wurde ein zentrales Vorhaben aus dem Programm zur letzten Bundestagswahl rasch umgesetzt. ■

Humanitäre Hilfe für Syrien und Nachbarländer sorgt für mehr Stabilität

Die Bundesregierung sagt auf einer Syrien-Konferenz in Brüssel 1,44 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe und entwicklungsorientierte Maßnahmen in den Nachbarländern zu. Mit dieser Zusage, den Beitrag für die humanitäre Hilfe in Syrien und den Nachbarländern erneut zu erhöhen, kommt Deutschland als zweitgrößter internationaler Geber seiner humanitären Verpflichtung nach. Die Menschen, die in dem seit über acht Jahren vom Krieg auf das Äußerste strapazierten Land leben, und diejenigen, die in die Nachbarländer geflüchtet sind, werden nicht vergessen.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind rund 11,7 Millionen Menschen innerhalb Syriens auf humanitäre Hilfe angewiesen, 6,2 Millionen sind Vertriebene im eigenen Land. Weitere 5,7 Millionen Syrer haben ihre Heimat verlassen, allein der Libanon hat 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Besonders dramatisch ist die Situation der Kinder. Allein im vergangenen Jahr sind mehr Kinder getötet worden als in den Jahren zuvor in diesem Konflikt. ■

Rede von Gunther Krichbaum

Heute hat der Bundestag über einen Antrag der AfD beraten, die EU auf einen Binnenmarkt zu reduzieren und den Euro abzuschaffen. In der Debatte sprach auch Gunther Krichbaum. Sie können seine Rede ansehen unter

<https://dbtg.tv/fvid/7335469>. ■